

Rieser Tageblatt



o Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa, Nr. 27

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und der Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen.

Verlagsort: Riesa, Nr. 27

Nr. 272.

Freitag, 23. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 17. 11. bis 23. 11. 630 Mark. Einmalige Anzeigen, für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Mark; die 20 mm breite Zeile 100 Gold-Mark; zeitraubende und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schlußtermin für den Druck: 12 Uhr mittags. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Uhlmann, Riesa.

Verordnungen des Generals v. Seedt.

Sämtliche kommunistische Organisationen und Einrichtungen und sämtliche Organisationen und Einrichtungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der deutschvölkischen Freiheitspartei verboten.

23. Berlin. (Vernehmlich.) Durch zwei von General von Seedt unterzeichnete Verordnungen wird für das ganze Reichsgebiet ausgesetzt und verboten:

1. Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der kommunistischen Partei Deutschlands, der kommunistischen Jugend und der kommunistischen Dritten Internationale.
2. Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der deutschvölkischen Freiheitspartei.

1. Dresden. Im Hinblick auf die Verordnungen des Generals von Seedt teilt das Reichskriegsministerium mit, daß es sich nicht ablehnen möchte, den Verbot und die Durchführung der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Leipzig und des „Kämpfers“ in Chemnitz bereits gestern Abend durch Reichswehr zu befehlen und die dort noch betroffenen Personen bis zum heutigen Vormittag erfolglos Einweisen der Kriminalpolizei festzuhalten. Die Zeitung der heute Vormittag im ganzen Reich gleichzeitig erfolglos Durchführung der Verbote liegt im Reichsamt Sachsen in den Händen der Staatspolizeiverwaltung und des Landeskriminalamtes.

Die Kanzlerrede im Reichstag.

23. Berlin, 22. November 1923.

Die Tribünen sind überfüllt, die Bänke der Abgeordneten weisen aber große Lücken auf. Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Brüning, Finanzminister Dr. Luther, Minister für die besetzten Gebiete Fuchs, Arbeitsminister Dr. Brauns, Ernährungsminister Graf Koch.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min. und erklärt zum Tische Remmele: Auf Grund des § 91 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen zur Kenntnis, daß der Abg. Remmele wegen seiner wiederholten Weigerung, den Verhandlungen des Reichstages zu folgen, auf 20 Sitzungstage von der Teilnahme an den Verhandlungen und den Sitzungen der Ausschüsse ausgeschlossen ist. (Lärm bei den Kommunisten — Verfall bei der Mehrheit.) Um diese meine Maßnahmen zur Durchführung zu bringen, habe ich dem Abg. Remmele für diese Zeit den Zutritt zum Reichstagsgebäude auf Grund des Art. 28 der Verfassung, nach welchem mir das Hausrecht und die Volksgewalt zusteht, verboten. Bei dieser Gelegenheit mache ich darauf aufmerksam, daß eine gröbliche Verletzung der Ordnung dieses Hauses festzustellen wird, wenn eine Behinderung der Verhandlungen und der Mitteilungen des Reichstages durch andauerndes Schreien erfolgt, oder wenn eine Behinderung eines Redners durch fortgesetzte Unterbrechungen vor sich geht, ferner in der Weigerung, die Rednertribüne zu verlassen, und bei Gewalttätigkeiten. Ich werde dann sofort mit Ordnungsrufen einschreiten und diesen Ordnungsrufen, sofern sie ohne Erfolg bleiben, die weiteren Maßnahmen folgen lassen. (Lärm bei den Kommunisten — Verfall bei den übrigen Parteien.)

Der Präsident erteilt darauf das Wort dem Reichskanzler Dr. Stresemann, der von den Kommunisten mit den Klauen: Reichsgetrümmer! empfangen wird.

Reichskanzler Dr. Stresemann:

Die Abg. Bergt und Wels haben ihre Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Reichskanzler diese Debatte nicht eröffnet hat. Sie haben daraus gemahnt, daß die Folgerung gezogen, als wenn die Reichsregierung dadurch, daß sie nicht eine Regierungserklärung zu Beginn der Sitzung abgab, sondern in die politische Aussprache eingriff, die Absicht hätte, sich der Vertrauensfrage zu entziehen, die für die Fortdauer einer Regierung notwendig ist. In Bezug auf das Recht des Parlaments, Vertrauens- oder Mißtrauensvoten zu erteilen, besteht kein Unterschied. Die Reichsregierung weicht dieser Entscheidung nicht aus, sondern sie sucht diese Entscheidung sobald als möglich herbeizuführen, da das Land, die Regierung und das Parlament vor klare Verhältnisse gestellt werden müssen.

Der letzte Träger der französischen Politik, Poincaré, hat es jetzt gedrungen, in fortgesetzter Konsequenz die Grundlagen für die gesamte politische und soziale Fortentwicklung Deutschlands zu schaffen. Da ist es erklärlich, wenn die Entwicklung in Deutschland dem Extremen zutreibt. Der Kommunismus stellt seine besten Stützen aus dem Mund des Volkes, der Rechtsabstufung aus der Politik der fortgesetzten nationalen Demütigungen, denen bisher jede deutsche Regierung ausgesetzt war. Wenn man glaubt, daß das konstitutionelle Leben Deutschlands in der Auflösung begriffen sei, so ist das gerade die Wirkung dieser Politik. (Lärmende Zwischenrufe bei den Kommunisten.) — Präsident Loebe erteilt dem Abg. Böll ein Rüge. Das Parlament hat es herzlich mitgedacht, wenn seine Mitglieder die Achtung vor dem Parlament selbst untergraben. (Erneute Unterbrechungen durch die Kommunisten, stürmische Zustimmung bei der Mehrheit und Handklatschen auf den Tribünen.) Abg. Bergt hat gesagt, daß die auswärtige Politik der Regierung ein einziger Mißerfolg gewesen sei. Die innere Lage ist zweifellos hoffnungslos.

Auch ich sehe keinen Weg, vorläufig diese trostlose Lage zu beheben. — (Lärmende Zwischenrufe bei den Kommunisten.)

daß die Regierung mit Frankreich Verhandlungen verliert habe und erklärt, daß Rhein und Ruhr viel zu wertvoll seien, als daß nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden müßten, ehe andere Konsequenzen gezogen würden. Auch er sei nicht von grundlosem Optimismus getragen gewesen und habe seiner Skepsis bei der Aufgabe des passiven Widerstandes Ausdruck gegeben.

Aber alle Verhandlungen seien vergeblich gewesen, weil man der Meinung war, daß die idealen und materiellen Kräfte in diesem Stadium zu erschöpft waren. Der richtige Zeitpunkt für die Aufgabe des Widerstandes sei verstrichen. Der Redner begründet den erneuten Versuch, das Reparationsproblem in einer internationalen Sachverständigenkonferenz zu lösen. Deutschland ist die offene Wunde am Körper Europas. Der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa, von dem der Abgeordnete Wels sprach, ist zu eng gefaßt. Wenn in Europa von Rhein bis zum Meer nur kaufmännische Völker leben, so muß das auf die gesamte Weltwirtschaft seine schädliche Wirkung haben. Die Erhöhung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung ist daher nicht nur eine deutsche Sorge. Wir müssen versuchen, aus eigener Kraft zu stabilen Währungsverhältnissen zu gelangen. Ich halte es für ein Verbrechen, daß man das deutsche Volk und die Welt nicht über den Grad des Stands in Deutschland getäuscht hat. Die karitative Leistung anderer Völker kann das deutsche Elend nicht lösen. Der Redner sagt allen herzlich Dank, die sich der deutschen Not angenommen haben. (Lärmende Zwischenrufe bei den Abg. Wels: Schamlose Geißelung! — Der Jurker erteilt einen Ordnungsruf.)

Er erinnert besonders an die Worte des Bundeskanzlers Seidel und der deutschen Abgeordneten im Reichstagen Parlament, die bei uns, auch wenn wir kaustisch getrennt seien, das Echo finden würden, das ein Bruder dem anderen schenke. (Stürmischer Verfall.) Unberechtigt ist der Vorwurf, als hätte die deutsche Regierung nicht das Recht, ausländische Hilfe anzunehmen.

Unermüdet hat die Regierung versucht, Verhandlungen über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet in Gang zu bringen. Selbstverständlich konnte die Aufgabe des Widerstandes nicht gleichbedeutend sein mit dem Aufgeben finanzieller Hilfe für das besetzte Gebiet. Die haben den Nachweis erbracht, daß alle Verhandlungen zurückgegangen seien. Aber die heute sind wir damit nicht durchgekommen. Das ist ein Skandal in den Beziehungen der Völker. (Stürm. Zust.) Da müßten wir den Weg geben, den Herr Wels so vielfach kritisiert hat. Ich bin sehr gern bereit, die ganzen von Vertretern der Wirtschaft mit französischen Behörden geführten Verhandlungen mit allen Protokollen dem Reichstag zur Verfügung zu stellen. Die Frage der Arbeitszeit hat gar keine Stelle gespielt. Dafür gelten nur die deutschen Gesetze. Wenn der erste Tag der Verhandlungen noch keine Instruktion der Reichsregierung vorlag, so lehne ich die Verantwortung hierfür ab, da das Kabinett sich damals in der Demission befand. Die Herren, die Kabinettskrisen zu einer dauernden Einrichtung machen, müssen die Folgerungen tragen, wenn die Regierung nicht handlungsfähig ist.

In unseren Instruktionen haben wir uns bereit erklärt, die Garantien zu übernehmen für die Kohlenlieferungen der Industrie an Frankreich und Belgien und für die zu zahlende Kohlensteuer. Der Tag, an dem die Hunderttausende von Bergarbeitern und anderen Arbeitern wieder zur Arbeit zurückkehren könnten, würde für jeden, der ein Herz im Leibe hat, ein Tag der Befreiung sein. Aber es war unmöglich, durch eine Unterbrechung der Reichsregierung auch noch den Ansehensverlust zu legalisieren. Außerdem würde eine solche Erklärung eine Präzedenzfall gegenüber den anderen Mächten sein. Der Tag, an dem durch Unterzeichnung diese Dinge in Ordnung gebracht werden können, wird auch für uns selbst die größte Erleichterung der Rhein- und Ruhrfrage bringen. (Lärmende Zustufe b. d. Komm.)

Der Kanzler wendet sich dann gegen den Vorwurf, daß die Regierung eine grundsätzliche Neueinstellung zur Rhein- und Ruhrfrage eingenommen habe und verweist auf seine früheren Ausführungen über die Verantwortung Frankreichs für die drohende Hungerkatastrophe im Ruhrgebiet. Für die Folgen tragen die Verantwortlichen diejenigen, die etwa die gefährlichen Verhandlungen labortieren wollten. Neugier ist tödlich und aufwendend demagogisch sei es, von einer Schuld der Sachwertbesitzer zu reden. (Lärm. Zust. rechts und i. d. Mitte.) Man will uns dadurch vor der Welt ins Unrecht setzen, während wir die Welt anrufen wollen zu einem gerechten Urteil. (Wiederum stürmische Zwischenrufe der Komm.) — Präsident Loebe erteilt, den Kanzler nicht fortgesetzt zu unterbrechen.) Die Politik ist leider heute vielfach zu einem Objekt der Währungsentwicklung geworden. Ohne Bilanzierung des Stands läßt sich keine feste Währung erzielen. Wenn man Ordnung der Finanzen verlangt, kann man nicht den Beamtenabbau kritisieren. (Widerpruch rechts.) Wir werden ganz entschieden, vielleicht mit Brutalität gegenüber dem Einzelnen vorgehen müssen.

In den sozialdemokratischen Vorwürfen über die Kontrolle der Rentenbank erklärt der Kanzler, daß selbstverständlich die Regierung verpflichtet ist, gegenüber der Rentenbank ihre Kredite zu begründen. Da die Rentenbank ihrerseits verantwortlich für die von ihr ausgehenden Rentenbriefe sei, sei der Wunsch der Herren verständlich, mit dem Reichskanzler über Wirtschaftsprüfung zu sprechen. Ohne die baldige Lösung der Arbeitszeitfrage ist die Befundung unserer Wirtschaft überhaupt indiskutabel. (Lärmende Zust.)

Der Kanzler kommt dann auf die Vorwürfe zu sprechen, die der Regierung wegen der Beschränkung der Leistungen für die besetzten Gebiete gemacht werden. Gerade die Maßnahmen in der Frage der Gewerbesteuererhöhung

relaten die Verantwortlichkeit Frankreichs vor der ganzen Welt. Die tiefe Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet sei doch schließlich nur eine Folge des Diktats von Paris, das die Wiederaufnahme der Arbeit verhinderte.

Von einer Verzerrung des Versailles Vertrages durch Deutschland könne man nicht sprechen. Er werde von einer ganz anderen Seite gerissen. Ein Nutzen der Leistungen aus dem Vertrag allerdings sei unvermeidlich, denn es sei unmöglich, eine Politik zu führen, die das eigene Volk hungern läßt.

Die Reichsregierung habe bei allen ihren Maßnahmen die volle Unterstützung des Preussischen Staatsministers gehabt. (Lärm bei den bürgerl. Parteien.) Der Kanzler erklärt, daß er nach wie vor hoffe, daß im besetzten Gebiet die politische erzwungene Arbeitslosigkeit nicht dauernd bestehen bleibe und die Verhandlungen zwischen den deutschen Industriellen und den französischen Behörden zu einer Einigung führen.

Rhein und Ruhr sollen dann die gleiche Behandlung erfahren bis ans Ende unserer Kräfte. Wenn dieses Ende eintritt, wird die Zahl derjenigen, die noch Arbeit finden, so gering sein, um überhaupt noch die Arbeit aufrechtzuerhalten. (Lärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten.) Wir haben alles getan, um den Verträgen zur Annahme zu verhelfen. Die Verhandlungen gehen Tag für Tag weiter. (Lärm links: Stimmes!) Was geht mich Herr Stimmes an? Ich habe nie auf ihn Rücksicht genommen und werde es auch niemals tun. Nicht Herr Stimmes ist Führer der Partei, sondern ich. (Verfall.)

Der Kanzler widerspricht dann der Auffassung, als denke die Reichsregierung an eine Trennung von Rhein und Ruhr. Er weist darauf hin, daß der Regierung das Verhandeln unmöglich gemacht sei und fragt, ob man nun dem Einzelnen bloß auf sich selbst stellen wolle oder ob man ihm nicht die Möglichkeit geben müsse, sich durch bestimmte Grenzen, soweit Verhandlungen in Betracht kommen, seinerseits vertreten zu lassen. Die Regierung denke gar nicht daran, auch nur einen Augenblick den Kampf um Rhein und Ruhr aufzugeben.

Der Kanzler geht dann zur inneren Politik über und bedauert zunächst die Vorgänge in München. Das erste Erfordernis für die Reichsregierung sei Autorität nach innen. Die Maßnahmen der Reichsregierung am Abend des 8. November seien ganz klar und eindeutig gewesen. Die Reichsregierung hätte alles aufgegeben, um die verfassungsmäßigen Zustände wieder herzustellen. Bedauerlich seien vor allem die Wirkungen der Münchener Vorgänge, insbesondere im besetzten Gebiet. Wenn man sich vorstellen, wie solche Dinge im Ausland ausgenutzt würden, dann könne man sich auch vorstellen, wie lange es dauern würde, um Deutschland wieder vertrauenswürdig zu machen. Ohne den Beistand der deutschen Regierung am Abend des 9. November wären diese Vorgänge wahrscheinlich nicht auf München beschränkt geblieben. Der Kanzler hält es für unerlässlich, daß sich das Instrument der Reichswehr und die Autorität der Befehlshaber durchsetzen. Verhandlungen zwischen Wagon und dem Reich bedürften als erster Grundlage der Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen und der Unterstellung der Reichswehr unter die Herrschaft. Ueber die Möglichkeiten einer Veränderung der Verfassung ist innerhalb der Reichsregierung bereits gesprochen worden. Voraussetzung für eine Veränderung der Verfassung ist die Achtung der Verfassung, die man ändern will.

Zu dem Einwirken der Reichswehr in Sachsen und Thüringen erklärt der Kanzler, daß alle Teile der Koalition von ihrer Notwendigkeit überzeugt waren. Es war eine Folge der kommunistischen Agitation, die eine unerhörte Debatte gegen das Bürgertum getrieben habe.

Der Reichskanzler erklärte weiter, daß der Reichsaufnahmestand aufgehoben werden würde, sobald die Verhältnisse es gestatten. Sie kann erfolgen in den Gebieten, in denen Ruhe herrscht.

Der Kanzler wendet sich dann zu den wirtschaftlichen Fragen. Die Schaffung einer Zwischentwährung sei unbedingt nötig gewesen. Nach Meinung der Sachverständigen müßten mindestens zwei bis drei Monate vergehen, ehe die ersten Goldnoten in den Verkehr kämen. Das Wirtschaftsgesetz und das Arbeitszeitgesetz mußten in ganz kurzer Zeit verabschiedet werden. Der Reichskanzler betont dann die Notwendigkeit ausländischer Kredite. (Lärm bei den amerikanischen Finanziers noch nicht an die Regierung herangeraten worden. Offiziell liegt das Anerbieten des Vorstehenden des Reichsgrundbesitzerverbandes vor, um einen Kredit von mindestens einer Milliarde Goldmark zur Beschaffung von Lebensmitteln zu geben. Eine Neuentwicklung wie in Italien wäre die am wenigsten wünschenswerte Grundlage für eine derartige Hilfe des Auslandes. Andere Angebote liegen nicht vor.)

Leider sei die Spekulation schon wieder am Werke, besonders die ausländische, um die Rentenmark in eine ungeordnete Bewegung hineinzubringen. Eine starke Forderung sei notwendig. Der Kanzler gedenkt der Verdienste des verstorbenen Reichsamtpräsidenten Gavenstein.

Er bespricht dann den Gedanken der großen Koalition und den Gedanken der Volksgemeinschaft. Die Deutsche Volkspartei würde ihrer Bestimmung untreu werden, wenn sie eine Entwicklung mitmachen wollte, die grundsätzlich zwischen nationalen und antinationalen Parteien unterschiedet. Wir brauchen die Zusammenfassung aller Kräfte. Nur durch Verständigung der Vorgesetzten ist der Ausgleich möglich. Der Kanzler bedauert den Zusammenbruch der großen Koalition und stellt fest, daß auch Herr von Pappe, als er bayerischer Ministerpräsident wurde, bedauert habe, daß die Sozialdemokratie nicht zur Mitarbeit herangezogen war. Die „Münchener Neuen Nachrichten“ hätten mit Recht festgestellt, daß sich jetzt die Vorgänge nach dem verlorenen Krieg von 1806 wiederholten. Die Kammer- und Reichstagsarbeiten